



## Keine Investoren mehr für neue Windanlagen und Solaranlagen

*Eingespeicherter Windstrom und Solarstrom ist niemals marktfähig*

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]

NAEB 2116 am 1. August 2021

Zu geringe oder gar keine Rendite mehr

Investoren für den Netzausbau, für Windanlagen und Solaranlagen ziehen sich zurück, weil keine ausreichende Rendite mehr möglich ist. Diese sollen nach dem Willen der Energiewendepolitiker die Kern- und Kohlekraftwerke ersetzen, die in den nächsten Jahren abgeschaltet werden.

Das ist technisch unmöglich, weil das Wetter anstelle des Bedarfs die Stromerzeugung regelt. Mal gibt es zu viel, mal zu wenig Windstrom und Solarstrom. Bei Dunkelflauten fließt gar kein Strom. Dieser schwankende "Ökostrom" kann kein stabiles Stromnetz aufbauen und die Verbraucher auch niemals bedarfsgerecht versorgen.

Doch die Bundesregierung und die meisten politischen Parteien behaupten wider jede Vernunft, es sei trotzdem möglich. Sie täuschen die Bevölkerung. Zur Verdeutlichung hat der Stromverbraucherschutz NAEB für diesen wetterabhängigen Strom die Bezeichnung FAKEPOWER (Fake - Täuschung) gewählt.

Die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae, Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen, prognostiziert einen Anstieg des Stromverbrauchs bis 2030 um 15 Prozent bei gleichzeitiger Abschaltung der Kern- und Kohlekraftwerke.

Zunehmender Strombedarf wird ignoriert

Diese Prognose ist sehr zurückhaltend, denn gleichzeitig sollen die Heizungen auf Wärmepumpen und die Autos auf Elektroantrieb umgestellt werden. Zusätzlich wird auch noch die technisch und wirtschaftlich unsinnige Erzeugung von Wasserstoff aus "grünem" Strom angestrebt.

Der Ersatzstrom für abzuschaltende Kraftwerke und zusätzlich benötigter Strom sollen als Fakepower erzeugt werden. Es wird geplant, die derzeitigen Windanlagen und Solaranlagen zu verdreifachen und die Stromnetze auszubauen. Doch die Finanzierung stößt auf wachsende Schwierigkeiten.

Strom aus Wind, Sonne und Biomasse, also Fakepower, ist niemals wettbewerbsfähig. Eine bedarfsgerechte Stromerzeugung ist unmöglich. Sein Wert liegt weit unter den Gestehungskosten. Erst mit einer den Stromverbrauchern abgepressten Subvention nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre wird ein "wirtschaftlicher" Betrieb erreicht.

Bei Stromüberschuss wird Fakepower zu weit niedrigeren Börsenpreisen verkauft. Ist der Stromüberschuss hoch, muss für den Export sogar noch in Form negativer Börsenpreise zugezahlt werden. Die Differenz zahlen die Stromverbraucher als EEG-Umlage. Jede weitere Fakepower-Anlage erhöht den Strompreis. Um diese Entwicklung zu mildern, schreibt die zuständige Bundesnetzagentur neue Anlagen aus.

Mindestvergütungen für Fakepower

Den Zuschlag erhalten die Projektentwickler mit den geringsten Vergütungsanforderungen. Das soll den Wettbewerb fördern. Aber es ist nur ein Wettbewerb um Subventionen, aber kein freier marktwirtschaftlicher Wettbewerb. Nach Mitteilung der Clearingstelle EEG|KWKG wurden die letzten Zuschläge mit Vergütungen für Solaranlagen auf Dächern von 7 Cent/Kilowattstunde (Ct/kWh) und auf Feldern für 5 Cent erteilt. Windanlagen an Land wurden mit Vergütungen von 6 Ct/kWh genehmigt. Am teuersten sind Biogasanlagen, die 15 Ct/kWh erhalten.

Nach einer Überschlagsrechnung ist mit diesen Vergütungen kein gewinnbringender Betrieb möglich. Dazu trägt auch eine neue Abgabe an die örtliche Gemeinde von 0,5 Ct/kWh bei, die eingeführt wurde, um die örtlichen Behörden zu bewegen, leichter die Baugenehmigungen zu erteilen. Das grenzt an Bestechung.

Unsicherheit greift um sich

Immer mehr Investoren betrachten Gewinne aus Fakepower-Anlagen als unsicher. Zusätzlich zu den kaum noch kostendeckenden Vergütungen gibt es ständig Änderungen an den Energiegesetzen, was verlässliche Planungen verhindert. Die Projektentwickler finden daher immer weniger Investoren für ihre geplanten und genehmigten Anlagen.

Ausländische Investoren bezweifeln darüber hinaus längerfristig die Zahlungsfähigkeit der BRD. Die hohen und weiter steigenden Strompreise durch die Fakepower-Anlagen vertreiben immer mehr Industriebetriebe, was zu mehr Arbeitslosigkeit und Armut führt. Die Rettung der Energiewende durch unwirtschaftlichen "grünen" Wasserstoff beschleunigt diese Entwicklung zu allem Überfluss auch noch.

Warum die Netzkosten steigen

Erstaunlich sind zunächst die bei der letzten Ausschreibung geforderten geringen Vergütungskosten für Windstromanlagen auf See mit 5 bis 10 Ct/kWh, denn die Erzeugungskosten sind doppelt so hoch wie an Land. Verdient wird nur beim Stromtransport an Land.

Die Übertragungsnetzbetreiber, die den Strom an das Landnetz anbinden müssen, erhalten nach einem Bericht von Wallstreet Online für den Ausbau ihrer Netze eine weit über dem Markt liegende Rendite von 6,9 Prozent auf ihr eingesetztes Kapital.

Die Rendite ist von der Bundesnetzagentur genehmigt und garantiert. Dies erklärt, warum die Netzbetreiber aller Spannungsebenen bereitwillig ihre Leitungen verstärken und ergänzen. So geraten die Netzkosten zu einem wachsenden Anteil der Stromkosten.

Die Bundesnetzagentur schätzt in ihrem Jahresbericht 2020 die Kosten für den weiteren Netzausbau in dieser Dekade auf mehr als 100 Milliarden Euro, davon 55 Milliarden in Übertragungsnetze und 47 in Verteilernetze. Damit steigen die Netzkosten für Haushaltskunden von 7,6 um mehr als 1,5 auf 9,1 Ct/kWh, also um rund 20 Prozent. Da Strom unverzichtbar ist, bedeuten höhere Strompreise Verlust an Kaufkraft bei gleichzeitigem wirtschaftlichen Niedergang.

Planwirtschaft

Die Bundesnetzagentur will nun laut einem Bericht von Wallstreet Online die Garantierendite um mehr als zwei Prozent senken. Damit dürften auch beim Netzausbau viele Investoren abspringen. Die Finanzierung der großen Nord-Süd-Trassen wird zum Problem.

Das sieht auch der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD). Er plädiert daher für eine bleibende hohe Eigenkapitalverzinsung, um die enormen Investitionen in die erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Es ist ihm offensichtlich egal, dass gleichzeitig der Durchschnittsbürger mit Negativzinsen belastet wird. Die Energiewende, die Umverteilung von Arm nach Reich, wird am Beispiel des Netzausbaus wieder deutlich. Soll es so weiter gehen?

Lügen, um zu drucken

In einem Interview Ende Juli 2021 fordert auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, die Abgaben auf CO<sub>2</sub>-Emissionen schneller zu erhöhen, die Strom, Heizung und Autofahren verteuern. "Wir sollten den Menschen - ob Wahlkampf oder nicht - klar sagen, dass die notwendigen Schritte allen etwas abverlangen werden.", sagte er. Die Folgen, nämlich die Aufgabe oder das Abwandern der Industriebetriebe durch zu hohe Energiepreise ignoriert er offenbar.

Das erkennen aber die Investoren. Mit dem Niedergang der Industrie werden Stromleitungen geringer ausgelastet. Die Netzkosten und damit der Strompreis steigen dadurch weiter. Renditen bleiben aus. Doch diese Wahrheit verschweigt der Bundestagspräsident.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel  
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz  
[www.NAEB.info](http://www.NAEB.info) und [www.NAEB.tv](http://www.NAEB.tv)

[1] Bildquelle: StockKosh-solar-85

[2] <https://www.naeb.info/naeb7.htm>

Prof. Dr. Ingo Hahn: Fakten versus Windkraft!  
<https://www.youtube.com/watch?v=sYtuT6kNF1k>  
16. Juni 2021 | AfD-Fraktion Landtag Bayern  
Aus der 85. Plenarsitzung des Bayerischen Landtags vom 16.06.2021

Energiewende: Deutschland baut viel zu wenig Windräder  
<https://www.youtube.com/watch?v=ual79rGCgVc>  
13. September 2019 | ZDF heute-show  
So wird das nichts mit der Energiewende: Deutschland müsste fünf neue Windräder am Tag errichten - schafft aber nur deutlich weniger.

## **Pressekontakt**

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak  
Forststr. 15  
14163 Berlin

NAEB.tv  
[Hans.Kolpak@NAEB.info](mailto:Hans.Kolpak@NAEB.info)

## **Firmenkontakt**

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann  
Forststr. 15  
14163 Berlin

NAEB.de  
[Heinrich.Duepmann@NAEB.info](mailto:Heinrich.Duepmann@NAEB.info)

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

